

**Interpellation Nr. 31 (Mai 2009)**

09.5128.01

betreffend zweiter SBB-Rheinbrücke und Einfluss auf Rangierarbeiten  
im Klybeck

Einem Bericht der Basler Zeitung vom 16. März 2009 war zu entnehmen, dass die zweite Schwarzwaldbrücke gebaut werden kann, da der SBB-Verwaltungsrat das Bauprojekt gutgeheissen hat. Der offizielle Baubeginn sei für den Frühling 2010 vorgesehen und es sei mit einer Bauzeit von rund zweieinhalb Jahren zu rechnen.

Bei diversen Gesprächen über die Lärmbelastung des Klybeckquartiers durch die Hafenbahn wurde von den AnwohnerInnen immer wieder der Wunsch geäussert, dass die Nachtruhezeiten eingehalten werden sollten.

Die Betreiber der Hafenbahn erklärten, dass die Einhaltung der Nachtruhe aus betrieblichen Gründen zur Zeit nicht möglich sei.

Die betroffenen Anwohner wollten auch in Erfahrung bringen, ob es möglich sei, die im Rheinhafen beladenen Eisenbahnwagen ungeordnet in den Rangierbahnhof MuttENZ zu bringen, um die Güterzüge dort zusammen zu stellen. So könnte ein Grossteil der Rangierbewegungen im Klybeck vermieden und das Quartier deutlich vom Rangierlärm entlastet werden.

Die Verantwortlichen der Hafenbahn verwiesen damals auf die zweite Eisenbahnbrücke über den Rhein. Mit dieser könnte diesem Anliegen eventuell entsprochen werden und es liessen sich sogar die Auszugsgeleise, die heute bis zur Dreirosenbrücke reichen, deutlich kürzen. Auch die Betriebszeiten der Hafenbahn könnten dadurch spürbar reduziert werden.

Zur Illustration, die aktuellen Betriebszeiten der Hafenbahn sehen folgendermassen aus:

Montag: 7.00 bis 23.00 Uhr

Dienstag bis Freitag: 3.30 bis 23.00 Uhr

Samstag: 3.30 bis 10.30 Uhr

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Können die BewohnerInnen des Klybeckquartiers damit rechnen, dass durch den Bau der zweiten SBB-Rheinbrücke eine Reduktion der Rangierarbeiten der Hafenbahn erreicht werden kann?
2. Welche Möglichkeit sieht die Regierung, um die stark lärmbelasteten Anwohner des Klybeckquais vom Rangierlärm zu entlasten?
3. Ist die Regierung bereit, sich nötigenfalls beim Bund oder bei anderen übergeordneten Stellen für eine rasche Lösung dieses Problems einzusetzen?

Heidi Mück